

zine
Das
auf
tat-
um
„Da
stü-
lich
nili-
dem
Fra-
wol-
ich?
t es
der
glie-
ge-
als
auf
chi-
anz
icht
das
hen
viel
eue
nen
rra-
ach
ken
der
ken
was
ein
hat,



Dömitz hat sie schon lange, Neu Darchau soll sie bekommen – eine Elbbrücke. Das fordern viele Menschen in der Region.

Foto: rg

Nächster Halt Landtag

VON KLAUS RESCHKE

Neuhaus/Lüneburg. Mehr als 6600 Bürgerinnen und Bürger hatten in nur sechs Wochen die von Ina Niederhoff aus der Gemeinde Amt Neuhaus initiierte Onlinepetition gezeichnet – jetzt folgt der zweite Schritt: Am 22. Mai findet im Niedersächsischen Landtag die Anhörung von Ina Niederhoff durch den Petitionsausschuss statt. Dann hat die Neuhäuserin die Möglichkeit, den Landespolitikern zu verdeutlichen, dass die Fortschreibung des Landesraumordnungsprogramms (LROP), so wie es das Landwirtschaftsministerium plant, aus ihrer Sicht nicht rechtmäßig ist. Nach Hannover begleitet wird Ina Niederhoff von Helga Dreyer und Marko Puls vom „Förderverein Brücken bauen“.

Wie berichtet, hatte die Niedersächsische Landesregierung in ihrer Kabinettsitzung vom 25. Juli 2023 beschlossen, von der im LROP seit 1998 vermerkten festen Elbquerung bei Darchau/Neu Darchau abzurücken und stattdessen ein Fährkonzept

Am 22. Mai tagt der Petitionsausschuss. Es geht um die Elbbrücke bei Neu Darchau. Auch viele Neuhauser werden dabei sein

als Ziel zu vermerken. Nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger dies- und jenseits der Elbe, sondern auch für die Kreisverwaltung ein herber Schlag ins Gesicht, denn dort arbeitet man mit Hochdruck daran, die notwendigen Antragsunterlagen für den Bau einer Elbquerung fertigzustellen.

Amtsmissbrauch wird nicht geduldet

„Dass jetzt mit Ina Niederhoff eine Bürgerin im Landtag die Mitglieder des Petitions- und des Fachausschusses an Recht und Gesetz erinnern muss, ist ein Novum“, stellt Helga Dreyer im Gespräch mit der LZ fest und Niederhoff betonte schon im Januar: „Die gute Beteiligung der Öffentlichkeit an der Onlinepetition macht deutlich, dass das Volk Amtsmissbrauch nicht duldet.“

Ähnlich argumentierte vor wenigen Wochen auch die Erste Kreisrätin Yvonne Hobro: „Die breite Unterstützung für die Petition, so wie auch die große Resonanz bei der Podiumsdiskussion im letzten Oktober, zeigen, dass eine Politik über die Köpfe der betroffenen Menschen und deren Lebenswirklichkeiten hinweg deutliche und berechtigte Reaktionen hervorruft.“

Und weiter: Das Ansinnen der Niedersächsischen Landesregierung, der auf kommunaler Ebene geplanten und verantworteten Elbbrücke mit einem „fragwürdigen Fährkonzept“ den rechtlichen Boden unter den Füßen wegzuziehen, sei Politik gegen die Menschen – „und diese sind an dieser Stelle zum Glück sehr sensibel und wehren sich. Der Petitionsausschuss des Landtages wird sich nunmehr mit dem Thema befassen, und

das ist gut so!“ Die geplante Änderung des LROP stammt aus der Feder der grünen Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte, weil eine Brücke „nicht ökologisch und vor allem zu teuer“ sei, so ihre Begründung.

Eine Begründung, die Helga Dreyer die Zornesröte ins Gesicht treibt. Sie verweist unter anderem auf den rot-grünen Koalitionsvertrag und betont: „Die Ministerin widerspricht sich damit doch selbst: Einerseits setzte sich die Koalition für eine „Mobilitätsgarantie“ und die „freie Wahl der Verkehrsmittel“ ein, andererseits wolle man die Brücke aus dem LROP streichen und durch eine „Fährkonzept“ ersetzen. Gleichzeitig aber wolle man Kommunen darin stärken, Verkehrsräume entsprechend ihrer Konzepte neu aufzuteilen. Für Dreyer ein Widerspruch.“

Immer wieder zu spät zum Unterricht

Wie wichtig die Realisierung der festen Elbquerung ist, machen Niederhoff und Dreyer an einem Beispiel deutlich: So kommt es immer wieder vor, dass die Ble-

ckeder und auch die Neu Darchauer Fähre nicht fahren können. Sei es wegen Niedrig- oder Hochwasser, Eisgang, Sturm oder Nebel. Die Folge müssen hier vor allem auch die Schülerinnen und Schüler ausbaden.

So kämen zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer, die an der Grund- beziehungsweise an der Oberschule in Neuhaus unterrichten, zu spät zum Unterricht, weil sie wegen spontanen Fährausfalls den weiten Umweg über Dömitz nehmen müssen. Auch das wird Ina Niederhoff im Landtag ansprechen.

Für Zuhörerinnen und Zuhörer, die im Landtag die Sitzung mitverfolgen wollen, gibt es ein begrenztes Kontingent an Sitzplätzen: „Diese Plätze werden durch die Landtagsverwaltung nach dem sogenannten Windhundprinzip vergeben. Es wird ein Funktionspostfach zur Verfügung stehen, über das sich die Zuhörerinnen und Zuhörer per E-Mail anmelden können. Nähere Informationen werden zeitnah über die Homepage des Landtages veröffentlicht“, berichtet Helga Dreyer.

ZEIGE

t

3%